

Gemeinderatssitzung vom 24.09.2018

CDU-Stadtrat Bloedt-Werner über SWR-Gelände - "Keiner hat sich gewehrt" - CDU-Fraktionschef Gernsbeck: FBB hätte "saubere schriftliche Anträge" stellen sollen

Baden-Baden, 25.09.2018, 00:00 Uhr, Bericht: Christian Frietsch **Zur Chronik der 46. Baden-Badener Gemeinderatssitzung von gestern Abend gehört, dass es sich um die letzte offizielle Teilnahme des Leiters des Fachbereichs Planen und Bauen, Rudolf Schübert, handelte. Nach einer Laudatio der Oberbürgermeister auf den scheidenden Verwaltungsmitarbeiter und einigen undramatischen Fragen anwesender Bürger entfachten erst die Tagesordnungspunkte 7 und 8 etwas Diskussionsbedarf. Dabei gab es allerdings bei den Fragestellungen ein Déjà-vu der Bauausschusssitzung vom Donnerstag. [goodnews4.de](#) berichtet.**

Zur teils heftigen Diskussionen führte das Wohnbauprojekt durch den Heidelberger Investor Epple auf dem vom SWR verkauften 50.000 Quadratmeter großen Gelände. Um die grundsätzliche Entscheidung für oder gegen die Ausführungen des Projektes konnte es nicht mehr gehen. Längst sind diese Entscheidungen des größten Wohnbauprojektes in der Geschichte Baden-Badens ohne öffentliche Diskussionen zwischen Baden-Badener Stadtverwaltung, SWR und Investor über die Bühne gebracht.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand gestern Abend der Vorwurf, den der Vorsitzende des Vereins Stadtbild, Wolfgang Niedermeyer, in einem Schreiben an die Stadträte formuliert hatte: «Wir haben erhebliche Zweifel, ob dieser Vertragsentwurf insgesamt die Interessenlage unserer Stadt abbildet, wenn ersichtlich wird, dass der § 5.3 der lediglich eine 'Zusicherung' für eine Mittelbereitstellung (für Erschließung, Artenschutz und Ausgleichsmaßnahmen) und das auch nur begrenzt vorsieht. Wie die Summe garantiert wird, ist nicht zu erkennen.» [goodnews4.de](#) berichtete.

Martin Ernst, Fraktionsvorsitzender der FBB, erklärte dazu, dass die Epple Holding ein Stammkapital von zwei Millionen Euro habe und dabei an zwanzig Stellen gleichzeitig baue. Das in der Bauausschusssitzung von Axel Eble verlesene Schreiben der Volksbank Heidelberg – [goodnews4.de](#) berichtete – sei nur «eine Grußbotschaft der Bank und keine Sicherheit». CDU-Fraktionsvorsitzender Ansgar Gernsbeck entgegnete er sei fassungslos über die Diskussion, da der Bebauungsplan «Wohnen am Tannenhof» nun schon seit Jahren diskutiert werde. Die FBB hätte «saubere schriftliche Anträge» stellen sollen.

Einzig Astrid Sperling-Theis, Die Grünen, machte darauf aufmerksam, dass die Stadt Baden-Baden der Bedeutung des Themas anders gerecht werden hätte müssen und erinnerte, dass sie bereits 2015 gefordert habe, dass die Stadt das SWR-Gelände erwerben solle, wie sie auch die Cité gekauft habe.

CDU-Stadtrat Klaus Bloedt-Werner erinnerte daran, dass es einen Wettbewerb für die Bebauung des SWR-Areals gegeben habe, bei dem sich «keiner gewehrt habe», und jetzt «kurz vor Torschluss» wolle man alles wieder durcheinanderwerfen. So machte ausgerechnet der dienstälteste und linientreue CDU-Stadtrat gestern vermutlich ungewollt klar, dass es im Baden-Badener Gemeinderat an einem der wichtigsten demokratischen Prinzipien fehlt. Der politische Wettbewerb unter den Parteien findet im politischen Baden-Baden auffälliger Weise bei weitreichenden Themen gar nicht oder erst nach den entscheidenden Weichenstellungen statt.

goodnews4-Protokoll zur Gemeinderatssitzung am Montagabend:

46. Sitzung des Gemeinderates

TOP 1 Informationen der Verwaltung

Es war die letzte Gemeinderatssitzung von Rudolf Schübert, Fachbereichsleiter Planen und Bauen, der Ende des Monats in den Ruhestand geht. *goodnews4.deberichtete*. Seit 1976 ist Rudolf Schübert im öffentlichen Dienst, zunächst bei der Stadt Bühl, dann ab 1982 bei der Stadt Baden-Baden im Bauordnungsamt, dann leitete er die Wirtschaftsförderung, wechselte dann zur Gewerbeentwicklung Baden-Baden GmbH, dann zurück zur Bauordnung und übernahm schließlich die Leitung des Fachbereichs Planen und Bauen. Er habe an der Entwicklung der Cité mitgearbeitet, dem personellen Aufbau des Fachgebiets Tiefbau, der Wohnungsbaustrategie und dem Strategischen Entwicklungsplan Baden-Baden 2020 und seiner Fortschreibung 2030, so Oberbürgermeisterin Margret Mergen. Sie bedauere sehr, dass er aus familiären Gründen sage: Jetzt ist gut. Er sei eine wertvolle Stütze und ein wichtiger Kopf der Verwaltung gewesen. OB Mergen berichtete, dass die Stadt Baden-Baden den 1. Preis des Staatsanzeigerverlags für die kreativste und beste Stellenausschreibung gewonnen habe.

Oberbürgermeisterin Mergen berichtete auch, dass die Stadt Baden-Baden beim Regierungspräsidium Karlsruhe eine Stellungnahme abgegeben habe zu einer Planung des Gemeindeverbands im Elsass, wonach 300 Hektar Gewerbefläche in Drusenheim entstehen sollen und 46 Hektar Entwicklungsfläche in Roppenheim, davon 10 Hektar Einzelhandel. Der Grundtenor der Stellungnahme aus dem Baden-Badener Rathaus sei sehr kritisch.

TOP 2 Bürgerfragestunde (Fragen, Anregungen und Vorschläge)

Bürgerin Rita Hampp fragte, ob es eine Möglichkeit für einen Radweg durch Lichtental gebe und regte an, dass die Stadtverwaltung versuchen solle plastikfrei zu werden. OB Mergen antwortete, dass die Stadtverwaltung beide Themen prüfe. Die Straße in Lichtental sei allerdings zu eng für einen Radweg und man sehe Stand heute keine Alternative. Im Zuge eines möglichen Sanierungsgebiets Lichtental würde man die Möglichkeiten noch einmal prüfen.

Bürgerin Monika Spiegel regte an, die Fahrradstraße in der Lichtentaler Allee zwischen Kloster und Hirtenhäuschen am Wochenende für Autos zu sperren. OB Mergen sagte eine Prüfung zu.

TOP 3 Bekanntgabe nicht öffentlich gefasster Beschlüsse

Oberbürgermeisterin Margret Mergen verwies auf den Aushang im Rathaus.

TOP 4 Integration durch bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft – Prozessbegleitung für die Stadt Baden-Baden durch die Führungsakademie Baden-Württemberg

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen seiner Landesengagementstrategie das Programm «Integration durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft» aufgelegt. In diesem Programm wird für 23 Kommunen in Baden-Württemberg die Begleitung eines Prozesses finanziert, mit dem die Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln in die Stadtgesellschaft noch besser gefördert werden soll. In Baden-Baden leben seit vielen Jahrzehnten Menschen unterschiedlicher Herkunft gut zusammen, bzw. miteinander. Trotz dieser guten Tradition und vorhandenen Erfahrung stellen die gesellschaftlichen Änderungen und Einwanderungen auch die Stadt Baden-Baden vor neue Herausforderungen und Fragestellungen. Die Stadtverwaltung möchte deshalb das Thema Integration für die Stadtgesellschaft auf einer neuen Ebene aufgreifen und strukturell voranbringen. Die Verwaltung hat sich erfolgreich für die beschriebene Prozessbegleitung beworben. Im Rahmen des Prozesses sollen gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern neue Ideen für das gute Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationserfahrung entwickelt und umgesetzt werden. Des Weiteren sollen dauerhafte Dialog- und Arbeitsstrukturen entwickelt werden.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 5 Besetzung des Jugendhilfeausschusses;

Widerruf und Neubestellung von weiteren stimmberechtigten und nichtstimmberechtigten Mitgliedern

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Jugendhilfeausschuss (JHA) setzt sich aus gemeinderätlichen und weiteren stimmberechtigten und nicht stimmberechtigten Mitgliedern zusammen. Die weiteren Mitglieder des JHA sind in der Satzung des Jugendamtes der Stadt Baden-Baden vom 10.11.2003 geregelt. Herr Karl-Heinz Becker ist in Ruhestand gegangen und scheidet aus dem Gremium aus. Herr Becker war stimmberechtigtes Mitglied als in der Jugendhilfe erfahren Person nach §4 Abs. II Nr. 1 b der Satzung. Hier stellt jeweils der Caritasverband Baden-Baden und der Paritätische -Kreisverband Baden-Baden einen Vertreter. Das Kinder- und Jugendheim hat das Vorschlagsrecht für den Paritätischen und hat die Nachfolgerin von Herrn Becker, Frau Andrea Hesch benannt. Nach dem Ausscheiden von Herrn Michael Dürr kann kein Ersatz von der evangelischen Kirche Baden-Baden benannt werden. Die Stellvertretung von Herrn Honeck als weiteres nicht stimmberechtigtes Mitglied nach § 4 Abs. II Zi. 2d der Satzung bleibt momentan unbesetzt. Frau Mareike Federkeil ist aus dem Dienst im Amtsgericht Baden-Baden ausgeschieden. Frau Nadja Hog (Richterin beim Amtsgericht Baden-Baden) ist vom Amtsgericht benannt worden und wird die Mitgliedschaft als weiteres nicht stimmberechtigtes Mitglied nach §4 Abs. II Zi. 2b übernehmen. Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.*

TOP 6 Änderung der Besetzung des Ältestenrats

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Am 23.08.2018 hat die Fraktion Freie Bürger für Baden-Baden (FBB) Frau Oberbürgermeisterin Mergen mitgeteilt, dass in Folge der Wahl von Martin Ernst als neuen Fraktionsvorsitzenden auch ein Wechsel im Ältestenrat erfolgen soll. Anstelle von Tilman Schachtschneider soll künftig Herr Stadtrat Martin Ernst im Ältestenrat vertreten sein. Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.*

TOP 7 Städtebaulicher Vertrag «Wohnen am Tannenhof»

Und

TOP 8 Bebauungsplan «Wohnen am Tannenhof»

a) Behandlung der Stellungnahmen

b) Satzungsbeschlüsse

Es wurden die gleichen Fragen diskutiert wie schon im Bauausschuss am vergangenen Donnerstag. goodnews4.de berichtete. Dabei ging es um eine Forderung der Anwohner, die Staffelung der Bebauung entlang der Tallage zu ändern. Anstelle der Reihenfolge 5, 3 und 4 Geschosse, fordern die Anwohner eine Staffelung von 3, 4

und dann 5 Geschossen. Dann wurde auch nochmal nach der Rechtssicherheit des Gewässerrandstreifens des Dettenbachs gefragt, der gesetzlich bei fünf Metern festgeschrieben ist, was im Bebauungsplan aber unterschritten wird.

Zu dem Gewässerrandstreifen versicherte die Stadtverwaltung nochmals auf Nachfrage von Kurt Hochstuhl, SPD-Fraktionsvorsitzender, dass eine Ausnahme hier rechtlich bestand habe.

Zu der Frage der Änderung der Geschosstaffelung forderte die SPD zunächst eine Abstimmung des Gemeinderats, zog diesen Antrag jedoch wieder zurück, nachdem Rechtsamtsleiter Axel Eble erklärte, dass eine Änderung der Geschosstaffelung ein Änderungsverfahren für den Bebauungsplan und damit eine Verzögerung des Verfahrens zur Folge hätte, da der Bebauungsplan wieder in die Offenlage müsste und man mit dem Investor wieder in vertragliche Verhandlungen eintreten müsste. Zum Rückzug des Antrags trug auch die Erläuterung von Rudolf Schübert bei, dass die in diesen Gebäuden geplanten gestapelten Reihenhäuser eine echte Innovation in Baden-Baden seien und die Anordnung der Staffelung dem Geländeschnitt entspreche – 5 Geschosse zum SWR-Gelände hin, 3 Geschosse in der Talbeuge und 4 Geschosse in Richtung Fremersbergstraße.

Ein dritter Punkt, der nochmals zu teils heftigen Diskussionen führte, war die Frage nach dem Nachweis für die Sicherstellung der Finanzierung im Städtebaulichen Vertrag zwischen der Stadt Baden-Baden und den Investoren SWR Media Services GmbH, Epplezwei GmbH, Epplezwei Alpha GmbH und der Epple Holding GmbH. [goodnews4.de](https://www.goodnews4.de) berichtete.

SPD-Fraktionschef Kurt Hochstuhl verwies auf das Schreiben des Vorsitzenden des Vereins Stadtbild Baden-Baden, Wolfgang Niedermeyer, der den städtebaulichen Vertrag mit dem «Durchführungsvertrag Robert-Bosch-Straße» vergleicht und zu dem Schluss kommt: «Wir haben erhebliche Zweifel, ob dieser Vertragsentwurf insgesamt die Interessenlage unserer Stadt abbildet, wenn ersichtlich wird, dass der § 5.3 der lediglich eine 'Zusicherung' für eine Mittelbereitstellung (für Erschließung, Artenschutz und Ausgleichsmaßnahmen) und das auch nur begrenzt vorsieht. Wie die Summe garantiert wird, ist nicht zu erkennen.» [goodnews4.de](https://www.goodnews4.de) berichtete.

Rechtsamtsleiter Axel Eble erklärte, dass die Stadt keine Zweifel an der sehr guten Bonität der Epple Holding habe und dass man in einem noch folgenden Erschließungsvertrag eine Absicherung vorsehen werde. Angesichts des noch abzuschließenden konkreten Erschließungsvertrags sei die Sicherung in dem städtebaulichen Vertrag ausreichend. Kurt Hochstuhl gestand nach der Erklärung des Rechtsexperten der Stadt Baden-Baden ein, dass er dessen Ausführungen «nicht verstanden» habe.

Martin Ernst, Fraktionsvorsitzender der FBB, brachte ins Spiel, dass die Epple Holding ein Stammkapital von 2 Millionen Euro habe und dabei an zwanzig Stellen gleichzeitig baue. Das in der Bauausschusssitzung von Axel Eble verlesene Schreiben der Volksbank Heidelberg – goodnews4.de berichtete – sei nur eine Grußbotschaft der Bank und keine Sicherheit. Die Schuld an dem «größten Baudesaster, das die Stadt je gesehen hat», gibt Martin Ernst jedoch nicht dem Investor Epple, denn dieser sei «vollkommen unschuldig». Der SWR hatte ursprünglich 18 Millionen Euro für das Grundstück gefordert und nur durch das «Aufzoomen der Bauflächen» durch die Stadtverwaltung sei der Kaufpreis über 32 Millionen Euro gestiegen, so Martin Ernst, damit könne man nicht familienfreundlich bauen. Das Projekt «Wohnen am Tannenhof» gefährde «den sozialen Frieden unserer Stadt». Er rechnete vor, dass eine 100-Quadratmeter-Wohnung 600.000 Euro kosten würde. Und OB Mergen warnte er: «Da können Sie ruhig weiter schmunzeln, Frau Mergen, in 1.000 Tagen sehen Sie, was Sie fabriziert haben.»

Ansgar Gernsbeck, CDU-Fraktionsvorsitzender, sagte, er sei fassungslos über die Diskussion, da der Bebauungsplan «Wohnen am Tannenhof» schon seit Jahren diskutiert werde. Der FBB gab er den Hinweis, sie hätte «saubere schriftliche Anträge» stellen sollen.

Astrid Sperling-Theis, Die Grünen, erinnerte daran, dass sie bereits 2015 gefordert habe, dass die Stadt das SWR-Gelände erwerben solle, wie sie auch die Cité gekauft hatte.

Klaus Bloedt-Werner, CDU, warf seinen Gemeinderatskollegen vor, «schöne Reden zum Träumen für die Presse» zu halten und forderte, man müsse die «Fakten sehen». Der SWR brauche das Geld, um das neue Medienzentrum finanzieren zu können, das «lebensnotwendig für unsere Stadt» sei. Von Anfang an sei dies die Bedingung gewesen. Die Stadt dürfe nichts tun, das den Standort des SWR gefährde. Er erinnerte daran, dass es einen Wettbewerb für die Bebauung des SWR-Areals gegeben habe, bei dem sich keiner gewehrt habe, und jetzt «kurz vor Torschluss» wolle man alles wieder durcheinanderwerfen. Hier stehe das Privatinteresse Einzelner vor dem Gemeinwohl. Mit «Privatinteresse Einzelner» meinte er die Beschwerden der Anwohner, mit «Gemeinwohl» den Erhalt des SWR-Standortes.

Rolf Pilarski, Sprecher der FDP-Gruppe, warf ein, dass es sich in der Rede von Klaus Bloedt-Werner so anhöre wie «armer SWR». Das sehe er ganz anders, denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk erhalte 8 Milliarden Euro jährlich aus den Rundfunkbeiträgen.

Werner Henn, SPD, erinnerte daran, dass die «Standortsicherung den SWR 50 Millionen Euro» koste und die Gebührengelder, die der SWR bekomme, zweckgebunden seien, damit könne dieser keine Sozialwohnungen bauen. Diese

Aufgabe habe die Politik und «das machen wir», verwies er auf die Wohnbauprojekte der GSE. Man würde hier Äpfel mit Birnen vergleichen. Wenn der SWR 30 Millionen aus dem Grundstücksverkauf erwirtschaftete, rechnete Werner Henn dann noch vor, bezahle er «20 Millionen aus eigener Tasche» für die 50 Millionen-Investition Medienzentrum.

OB Mergen schließlich fügte noch hinzu, dass der SWR «keine Möglichkeit der Finanzierung aus Werbung» habe und es sogar Forderungen aus der Wirtschaft gebe, dass er sich ganz daraus zurückziehen solle. Der SWR stehe unter «enormen wirtschaftlichen Druck».

Der Gemeinderat stimmte beiden Tagesordnungspunkten jeweils bei 5 Neinstimmen zu.

TOP 9 Durchführungsvertrag Robert-Bosch-Straße 2 + 4

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die Vorhabenträgerin beabsichtigt den Abriss der Bestandsbebauung auf dem Grundstück Flurstück Nr. 2386, Gemarkung Haueneberstein. Der bestehende Lebensmittel-Markt soll durch einen Neubau mit einer erweiterten Verkaufsfläche einschließlich Bäckereicafé ersetzt werden. An der östlichen Grundstücksseite ist die Errichtung eines Bürogebäudes einschließlich einer gewerblichen Anlage für sportliche Zwecke (Finesseinrichtung) im ersten Obergeschoss vorgesehen. Ferner beabsichtigt die Vorhabenträgerin die Herstellung der notwendigen Stellplatzanlagen sowie der Kreisverkehrsanlage zur verkehrlichen Anbindung des Bauvorhabens. Die Kreisverkehrsanlage dient auch dem nördlich der Bertha-Benz-Straße gelegenen Gewerbegebiet. Daher beteiligt sich die Stadt an den Kosten zu 50%.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften «Robert-Bosch-Straße 2 + 4»

a) Behandlung der Stellungnahmen

b) Satzungsbeschlüsse

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Der Vorhabenträger GbR Robert-Bosch-Straße 2 +4 Haueneberstein, Baden-Baden hat mit Schreiben vom 16.11.2015 den Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für das Bauvorhaben eines Lebensmittelvollsortimenters mit Bäckereicafé, für die Errichtung eines Bürogebäudes mit einer gewerblichen Anlage für sportliche Zwecke (Finesseinrichtung) sowie für die erforderlichen Stellplätze auf den Grundstücken Flst.-Nr. 2386 und 2399/1 (tlw.) gestellt. Die Neuordnung und Bebauung des Areals soll sich durch seine städtebauliche Qualität und Dichte mit*

einer zukunftsweisenden Architektur als hochwertiger Dienstleistungsstandort hervorheben. Als letzter Verfahrensschritt wurde in der Zeit vom 09.07.2018 bis einschließlich 10.08.2018 die Planoffenlage durchgeführt. Die Fachämter, Träger öffentlicher Belange und sonstigen Behörden wurden vom 28.06.2018 bis einschließlich 10.08.2018 um eine Stellungnahme gebeten. Es gab keine Anregungen, die die Grundzüge der Planung berühren. Aus diesem Grund können die Satzungsbeschlüsse erfolgen.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 11 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Robert-Bosch-Straße 2 + 4 – Verkehrliche Erschließung

Bewilligung von außerplanmäßigen Auszahlungen

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Das Vorhabengrundstück wird derzeit über die Bertha-Benz-Straße (Grundstückszufahrt) und über die Robert-Bosch-Straße (Anlieferung) erschlossen. Künftig erfolgt die verkehrliche Erschließung des Grundstücks ausschließlich über die Bertha-Benz-Straße. Damit eine verkehrssichere Erschließung des Vorhabens gewährleistet werden kann, ist nach Abstimmung mit den betroffenen städtischen Fachgebieten und Dienststellen die Errichtung einer Kreisverkehrsanlage erforderlich. Da über die neue Kreisverkehrsanlage auch die Gottlieb-Daimler-Straße an das bestehende Verkehrsnetz angebunden wird, ist es nach den Gesamtumständen der Maßnahme angemessen, dass sich die Stadt an den Kosten beteiligt. Die Regelung sieht vor, dass sich die Stadt Baden-Baden zur Hälfte an den Kosten der Entwicklung, Planung, Herstellung, Vermessung, Grundstücksbildung und Abmarkung, etc., welche Grundlage oder Voraussetzung zur Herstellung der Kreisverkehrsanlage einschließlich Verkehrsgrün sind, beteiligt. Die Kosten für die Herstellung der Kreisverkehrsanlage, die für das Jahr 2019 vorgesehen ist, belaufen sich nach einer ersten Kostenschätzung auf rund 600.000 Euro brutto, worauf auf die Stadt Baden-Baden die Hälfte, also rund 300.000 Euro brutto entfallen. Unter der neu zu bildenden Investition I263003805 ist eine außerplanmäßige Ausgabe zu veranschlagen.

Der Gemeinderat stimmte bei 5 Neinstimmen und einer Enthaltung zu.

TOP 12 Bebauungsplan «Französische Cité, Teilbereich I – Cité Bretagne – 1. Änderung»

a) Behandlung der Stellungnahmen

b) Satzungsbeschlüsse

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Das angrenzend an die Wendefläche der Breisgaustraße gelegene Areal im sog. «Baufeld VII» eignet sich als Standort für ein von der Stadt befürwortetes generationenübergreifendes Wohnprojekt; dessen Realisierung jedoch die Vorgaben des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes entgegenstehen. Für den gesamten Bereich des sog. «Baufeld VII» wurde eine neue, an aktuelle Bedarfe angepasste, städtebauliche Konzeption entwickelt, welche sowohl das Gemeinschaftswohnprojekt als auch Einzel- und Mehrfamilienhäuser, erschlossen durch eine geplante Stichstraße, vorsieht. Mit der Bebauungsplanänderung sollen die planungsrechtlichen Vorgaben den aktuellen Bedarfen entsprechend angepasst werden. Für eine konkrete städtebauliche Gliederung nach den Maßgaben des städtebaulichen Konzeptes werden kleinteiligere Baufenster festgesetzt sowie Änderungen bezüglich des Maßes der Nutzung vorgenommen. Da es sich bei der Bebauungsplanänderung um eine Maßnahme der Innenentwicklung handelt, wurde ein beschleunigtes Verfahren nach § 13 a BauGB durchgeführt.*

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 13 Vorhabenbezogener Bebauungsplan (VbB) «Geroldsauer Mühle - 1. Änderung»

a) Billigung der Entwürfe

b) Offenlagebeschlüsse

c) Durchführungsvertrag

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Aufgrund des erhöhten Bedarfs sollen im südlichen Anschluss an die bestehende Bushaldebucht bei der Geroldsauer Mühle weitere 49 Stellplätze und im Bereich zwischen den Ein- und Ausfahrten der Bushaldebucht nochmals 9 Stellplätze geschaffen werden. Diesem Vorhaben steht jedoch der rechtsverbindliche VEP «Geroldsauer Mühle» mit seinen Festsetzungen entgegen und muss zur Umsetzung der o.g. Planung in diesem Bereich geändert werden.*

Erster Bürgermeister Alexander Uhlig berichtete, dass die Stadtverwaltung mit Martin Weingärtner im Gespräch sei, um die Anregungen aus der Bauausschusssitzung einer Lösung zuzuführen. Mehrere Stadträte hatten in der Bauausschusssitzung die Parkplatzsituation an der Geroldsauer Mühle kritisiert. Das «Tor zum Schwarzwald» sei eine «Blechlawine», hatte SPD-Stadträtin Mitzel den optischen Eindruck bei der Anfahrt zur Geroldsauer Mühle beschrieben und angeregt, auf die geplanten neun Stellplätze an der Bushaldebucht zu Gunsten eines Grünstreifens mit einer Hecke zu verzichten. goodnews4.de berichtete.

Der Gemeinderat stimmte bei einer Enthaltung zu.

TOP 14 Sanierungsgebiet Südliche Neustadt:

Baubeschluss zur Herstellung eines Kreisverkehrsplatzes am Bertholdplatz und zur Umgestaltung der angrenzenden Bereiche der Lichtentaler Straße, der Bertholdstraße und der Hahnhofstraße

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Mit Beschluss vom 24.04.2017 (Drucksache-Nr. 17.136) hat der Gemeinderat die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets «Südliche Neustadt» als Satzung beschlossen. Mit Bescheid vom 08.02.2016 wurde die Stadt Baden-Baden mit der städtebaulichen Erneuerungsmaßnahme «Südliche Neustadt» in das Förderprogramm «Aktive Stadt- und Ortsteilzentren» (ASP) aufgenommen. Am 20.02.2017 wurde dem Gemeinderat das integrierte, städtebauliche Entwicklungskonzept (Rahmenplan) vorgestellt und beschlossen das Sanierungsgebiet dementsprechend zu entwickeln. Der Förderrahmen ist bisher auf 3.166.667 Euro festgelegt. Dabei beträgt die Finanzhilfe des Bundes/Landes Baden-Württemberg 60 % des Förderrahmens, dies entspricht einem Betrag von 1.900.000 Euro. Der Eigenanteil der Stadt beträgt 40 % des Förderrahmens, was einem Betrag von 1.266.667 Euro entspricht. Der Bewilligungszeitraum für die Durchführung der Sanierung läuft vom 01.01.2016 bis zum 30.04.2025. Am Bertholdplatz beginnt die Umsetzung des beschlossenen Maßnahmenpakets mit der Umgestaltung zum Kreisverkehrsplatz als erster Bauabschnitt dieses Sanierungsgebiets.*

goodnews4.de berichtete.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 15 Abschluss Neubau Baubetriebshof – Erhöhung der Haushaltsmittel

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: *Die Kosten für den Neubau und die Zusammenlegung der Standorte des Baubetriebshofes und des Eigenbetriebs Umwelttechnik (EBUT) belaufen sich auf 10.976.259 Euro. Die Planungen gingen von Gesamtkosten in Höhe von 11 Mio. Euro aus. Im Jahr 2014 wurde beschlossen die Kosten jeweils zur Hälfte auf den städtischen Haushalt und auf den Eigenbetrieb Umwelttechnik zu verteilen. Im städtischen Haushalt wurden daher insgesamt 5,5 Mio. Euro veranschlagt. Nach Inbetriebnahme der einzelnen Gebäude wurde ein neuer Verteilungsschlüssel für die Baukosten berechnet. Aufgrund von steuerrechtlichen Themen seitens des EBUT musste diese Aufteilung vorgenommen werden. Nach einer Betrachtung der gesamten Fläche kam man zu dem Ergebnis, dass ein Flächenverhältnis von 54 % Baubetriebshof und 46 % EBUT vorliegt. Aufgrund des ermittelten Verteilungsschlüssels beläuft sich die Summe für den städtischen Haushalt auf 5.927.180 Euro. Der EBUT wird mit insgesamt 5.049.079*

Euro belastet. Da im städtischen Haushalt bisher nur 5,5 Mio. Euro veranschlagt waren, sind somit überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 427.180 Euro notwendig.

Der Gemeinderat stimmte einstimmig zu.

TOP 16 Anpassung der Rechnungsprüfungsordnung (RPO) der Stadt Baden-Baden

Aus der Beschlussvorlage der Verwaltung: Die Reform des Gemeindehaushaltsrechts durch Gesetz vom 4. Mai 2009 (GBl. S. 185) und die damit verbundene Umstellung des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens auf die Kommunale Doppik, machte eine Neuverkündung der Verordnung des Innenministeriums über das kommunale Prüfungswesen (Gemeindeprüfungsordnung – GemPrO) vom 03. März 2018 (GBl. S.96) erforderlich. Des Weiteren hat sich die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg an einigen Stellen verändert und am 15. April 2018 ist eine neue Dienstanweisung zur Korruptionsverhütung und -bekämpfung in Kraft getreten. Da die RPO der Stadt Baden-Baden an einigen wenigen Stellen auf die GemPrO, die GemO und die Dienstanweisung zur Korruptionsverhütung und -bekämpfung verweist, ist eine redaktionelle Anpassung der Paragraphen der RPO notwendig.

Der Gemeinderat nahm die Änderungen zur Kenntnis.

TOP 17 Jahresabschluss der Stadt Baden-Baden 2014 Kenntnisnahme des Ergebnisses des Jahresabschlusses 2014

Der Gemeinderat nahm des Jahresabschluss 2014 zur Kenntnis.

TOP 18 Anfragen aus dem Gemeinderat

SPD-Fraktionsvorsitzender Kurt Hochstuhl kritisierte, dass bei der Standort-Diskussion für die neue Synagoge in Baden-Baden Informationen in den Medien kursierten, die unsachlich, schlichtweg falsch oder böswillig seien. Er fordere deshalb eine offene Auseinandersetzung mit der Geschichte der Stadt im letzten Jahrhundert. Eine quellenbasierte Stadtgeschichte sei von vielen Seiten bislang vergeblich gefordert worden. Er forderte, dafür Mittel im Haushalt 2020/2021 bereitzustellen. OB Mergen bat Kurt Hochstuhl abzustimmen, mit welchen Experten dies erstellt werden könne. Sie halte dies für sinnvoll und notwendig. Außerdem berichtete sie, dass Rami Suliman, Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, «ständig Kontakt mit uns» habe und den Synagogen-Standort Fürstenbergallee weiter verfolge.

